INTERNATIONAL LABOUR OFFICE

Nummer 5 | Stuttgart, 4. Februar 1922 | 40. Jahrgang

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Bezugspreis vierteljährlich 5 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Kummer
Schriftleitung und Versandstelle: Stuttgart, Rötestraße 16 b II.
Fernsprecher: Nr. 8800. — Postscheckkonto Stuttgart 6803.

Anzeigengebühr
für die sechsgespaltene Kolonelzeile 5 Mark.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Ermannung der Internationale

Wenn spätere Geschlechter die Geschichte dieser Jahre der Entmenschung, der Verwirrung, der Verelendung, der amtlichen Hilflosigkeit durchforschen, werden sie sich immer wieder fragen, was denn die sozialistische Internationale zur Besserung der Verhältnisse, zur Rettung der Völker getan habe. Und bei der Suche nach einer Antwort auf die nur zu berechtigte Frage werden sie sich nicht bei Verkündigungen und Versprechen aufhalten, sondern sich nach Taten umsehen. Sie werden, so steht zu befürchten, die ebenso betrübende wie für sie unbegreifliche Entdeckung machen, daß diese Internationale besonders in der Zeit, wo der Krieg durch den Versailler Frieden fortgesetzt wurde, soviel wie nichts getan hat. Denn eine Anzahl Entschließungen und Verbrüderungsreden wird das künftige Geschlecht für eine Zeit, die Tat vor allem heischte, schwerlich für eine Bewegung genügend halten, die sich die neue, die welterlösende Macht nennt.

Mit den Taten der sozialistischen Internationale war es schon vor dem Weltkrieg nicht wohl bestellt. Man kann sich eines bitteren Lächelns nicht erwehren, wenn man sich erinnert, wie sie ihre erhabenste Aufgabe, die Völkerverständigung und Kriegsbekämpfung auffaßte. Mit großen Redefesten hielt sie ihre Sache in der Hauptsache getan. Dann kamen noch von Zeit zu Zeit in Brüssel eine Anzahl Parteigelehrte zusammen, die tagelang über Entschließungen gegen Imperialismus und Militarismus brüteten, dabei theoretische Mücken seigten. Damit hielten sie der Pflicht Genüge getan. Die langen, die schönen, die mühsam geformten Entschließungen, die kaum noch einer las, auch zu verwirklichen, wurde offenbar für überflüssig gehalten. Wie doch? Das war doch jedermanns (also niemandens) Sache. Die Organisierung des internationalen Widerstandes gegen den Krieg wurde nicht gewagt. An seinen Ausbruch haben übrigens nur wenige ernstlich geglaubt. Als aber dennoch die Mordsbestie sich zu entfesseln begann, wußte das hochgelehrte Kollegium nichts besseres zu tun, als eine neue Zusammenkunft anzuberaumen, wohl um eine neue Beschwörungsformel zusammenzustellen.

Nicht viel besser stand es mit der Kriegsunterbindung in den Parlamenten. Hier hätte den von den Regierungen aus Dummheit oder Absicht, bewußt oder unbewußt gemachten Kriegsvorbereitungen nachdrücklichst und planmäßig entgegengearbeitet werden müssen. Zu diesem Behufe hätte gestrebt werden müssen, maßgebenden Einfluß auf die auswärtige Politik auszuüben und der Geheimdiplomatie in die Karten zu spielen. Freilich, um hier Erfolge erzielen zu können, ist eine gründliche Kenntnis des Auslandes, seiner geistigen, wirtschaftlichen und politischen Strebungen unbedingt vonnöten. Aber daran gebrach es beträchtlich, gebricht es noch heute.

Nun mag man fragen: Was haben Auslandspolitik und Diplomatie mit der Gewerkschaftsbewegung zu tun? Was kümmern den Gewerkschafter diese Dinge, die doch weit ab von seinem Aufgabenkreis liegen? O, diese Dinge gehen den Gewerkschafter überaus viel an; sie sollten ihn sogar noch mehr kümmern, als Achtstundentag und Lohntarif. In der Tat: Die vierjährige Blutkur, der bestialische Zwang in Kaserne und Schützengraben, die Aushungerung durch Feinde und eigene Patrioten, jeder Kriegsinvalide, jedes Soldatengrab, jede Kriegswaise erinnern den Gewerkschafter furchtbar eindringlich daran, daß er sich früher viel zu wenig um Außenpolitik und Diplomatie gekümmert hat. Und um sie muß sich eingehend jeder gesittete Mensch kümmern, der nicht will, daß der Säbelschleifer noch einmal allmächtig wütet, jeder Vater, der nicht will, daß sein Sohn der uniformierten Bestie noch einmal zum Opfer fällt, jede Mutter, die nicht will, daß ihr Kind noch einmal mit Revolver und Maschinengewehr zum Menschenmord gezwungen wird. Der Wechselbalg von Unfähigkeit, Gewissenlosigkeit und Anmaßung, Diplomatie genannt, lebt bloß durch die Gleichgültigkeit des Volkes.

Welch überragende Bedeutung Außenpolitik und Diplomatie auch für den Gewerkschafter hat, läßt die Tätigkeit der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale erkennen. Ihr Vorstand verwendet einen sehr hohen Teil seiner Kraft auf außenpolitische Angelegenheiten. Wenn seine Aktionen gegen Ungarn, gegen Polen, gegen die Munitionserzeugung nur teilweisen Erfolg zu buchen vermochten, so ist das gutenteils in dem Wesen der Gewerkschaftsinternationale begründet. Ihr ganzes Schwergewicht kann nur auf rein wirtschaftlichem Feld zur Geltung kommen, auf Gesetzgebung und Regierungen vermag sie nur mittelbar zu wirken. Dessenungeachtet ist sie, wie gesagt, auch auf dem Gebiete der internationalen Politik nicht erfolglos geblieben. Hier hätte indes noch entschieden mehr für die Sache des Proletariats geschehen können, geschehen müssen. Wenn es nicht geschah, so ist daran der Dornröschenschlaf der politischen Internationale in hohem Maße schuld. Der alte Jammer!

Die kapitalistischen Staatsmächte taumeln von einer Konferenz zur andern. Jede wird von der Sehnsucht der gequälten Menschheit und mit den Sprüchen politischer Nebelmacher begleitet. Von jeder wissen journalistische Sherlock Holms einen Erfolg zu berichten. Und das wollen die Leute mit unbändiger Wunschkraft und schwachem Urteilsvermögen gerne glauben. Dieweil der ganze Erfolg einer jeden Konferenz bestenfalls darin besteht, daß sie das Unheil einigermaßen dämpft, was eine vorhergehende Konferenz verursacht hat. Mit der Erzeugung von Unheil sind die kostbaren Jahre vertrödelt worden und mit Versuchen, das verübte Unheil, soweit das überhaupt möglich, wieder gutzumachen. Nur einen Erfolg, unbestritten und erschreckend groß, hat die weststaatliche Staatsweisheit in den drei Jahren der Konferenzen zu buchen, nämlich, daß die Weltwirtschaft noch mehr zerrüttet, die Arbeitslosigkeit noch allgemeiner, die Staatsschulden noch unerträglicher sind. Und Frankreich hat seinen Poincaré-la Guerre erhalten.

Daß der mit nationalistischem Geifer gefüllte Kelch, der jetzt an der Seine an die amtliche Oberfläche gespült ist, bald vorübergehe, wie gemeinhin angenommen, ist noch recht fraglich. Und die Aussichten der nach Genua anberaumten Konferenz, woran sich seit Cannes die Hoffnungsseligkeit aufrichtet, sind überaus trübe. Daß die jetzigen Gebieter der Welt das entsetzliche Trümmerfeld, das sie geschaffen, zu beseitigen vermögen, verbietet die Erfahrung anzunehmen. Somit ist das Ende des Wüstenmarsches der Völker noch nicht abzusehen. Aber einmal angenommen, der Wiederaufbau Europas gelänge, so hätten die arbeitenden Schichten dennoch nichts zu lachen, sintemalen er nach Lage der Dinge von kapitalistischen Mächten zu deren Nutz und Frommen getroffen werden würde. Hierüber ist sich niemand im Zweifel, das wissen alle Arbeiter und die sozialistischen Richtungen aller Länder.

Und dennoch blieb die einzige Macht, die den Leidensweg des Proletariats verkürzen und die Sehnsucht der gesitteten Menschheit erfüllen könnte, die sozialistisch-politische Internationale, die langen bangen Jahre hindurch untätig. Ihre Tatenlosigkeit vor dem Kriege hätte sich zur Not noch mit ihrer zahlenmäßigen Schwäche begründen lassen, ein Grund, der heute nicht mehr gelten kann, wo sich neue Millionen zu ihr gesellt haben. Auch die frischen Kräfte hat diese Internationale nicht gegen den imperialistischen Wahnwitz der Sieger zu nutzen verstanden. Die Leitung der Gewerkschaftsinternationale, in der mehr die Arbeiter vorherrschen, hat trotz aller Mißlichkeiten ihre Heerhaufen vereinigt gehalten und Vorstöße gegen den Wahnwitz der Sieger unternommen. Die Leitung der politischen Internationale hat die sozialistischen Scharen nicht zu vereinigen und Taten noch nicht zu vollbringen vermocht. Über das Warum dieses trüben Standes der Dinge kann hier nicht gesprochen werden. Ihn in Besseres umzuwandeln, ist tausendfältig gewünscht und verschiedenfach versucht worden. Wenn nicht alle Zeichen trügen, will es jetzt endlich gelingen.

Von französischer sozialistischer Seite ist vor kurzem eine Einladung an die Arbeiterparteien aller Richtungen Italiens, Frankreichs, Deutschlands, Englands und Belgiens zu einer gemeinsamen Konferenz ergangen, die am 5. Februar in Paris oder Frankfurt stattfinden soll. Wie der Brüsseler Peuple zu berichten weiß, haben die beiden sozialdemokratischen Parteien ihr Kommen zugesagt, nur das der Kommunisten sei noch zweifelhaft, wodurch indes der Erfolg nicht gefährdet werde. Die Konferenz soll ein gemeinsames Aktionsfeld für das Problem der Reparationen und ihrem Drum und Dran suchen.

Somit hätte sich auch die politische Internationale zu gemeinschaftlichem Leben, Wirken und Tun ermannt. Wir wollen von dieser ersten Zusammenkunft nicht mehr erwarten, als füglich von ihr geleistet worden kann. Immerhin läßt die schlimme Erfahrung dieser Jahre hoffen, daß nun endlich auch die leitenden Kreise der politischen Richtungen über ihre persönlichen und parteimäßigen Meinungsverschiedenheiten hinweg zu einer wirklichen Internationale und dann auch und vor allem bald zu gemeinschaftlichen Taten kommen. Nicht Verbrüderungsreden, nicht Entschließungen, nicht Schuldbezichtigungen sagen wir, sondern gemeinschaftliche Taten.

Die Brotpreiserhöhung

Eine der Bedingungen, die in Cannes (sprich Gann) von der Entente aufgestellt wurden, ist die Einstellung der Zuschüsse des Reiches für Lebensmittel. Die Durchführung der Forderung hat eine sofortige Brotpreiserhöhung um 75 v. H. zur Folge, das heißt, daß der Brotlaib von 1900 Gramm, der sich heute durchschnittlich auf etwa 7 Mk. stellt, künftig 12,25 Mk. kosten wird. Das Reichsministerium begründet seine Maßnahme folgendermaßen:

„Als die Regierung das letztemal den Brotpreis festsetzte, hatte sie die Absicht, diesen Preis möglichst bis zum Ablauf des Wirtschaftsjahres, d. h. bis zum 15. August 1922 beizubehalten. Seit geraumer Zeit erweist sich jedoch die Durchführung dieser Absicht als unmöglich und die Reichsregierung sah sich zu dem schweren Schritt einer ganz beträchtlichen Brotpreiserhöhung gezwungen. Ausschlaggebend ist dabei der außenpolitische Druck von seiten der Entente. Für die Entente handelt es sich vor allem darum, daß in Deutschland infolge der Lebensmittelzuschüsse des Reiches die Löhne bedeutend niedriger gehalten werden als im Ausland; daß Deutschland infolgedessen billiger produziert und die deutsche Konkurrenz auf dem Weltmarkt stärker in Erscheinung tritt. Bereits im Haushaltsplan für das Jahr 1921/22 hat das Reich einen wesentlichen Abbau der Lebensmittelzuschüsse vorgenommen. Aber es waren immerhin noch 3,27 Milliarden Mark für Verbilligung des Brotes eingestellt, während allerdings der Zuschuß für das Haushaltsjahr 1920/21 noch ungefähr 9 bis 10 Milliarden Mark betrug. Ursprünglich hatte man gedacht, mit den bewilligten 3,27 Milliarden Mark den gegenwärtigen Brotpreis für das Haushaltsjahr, d. h. bis zum 31. März 1922 durchhalten zu können. Diese Erwartung hat sich jedoch nicht erfüllt. Der katastrophale Sturz der deutschen Mark im Herbst des letzten Jahres hatte jede Berechnung über den Haufen geworfen.

Die Versorgung der deutschen Bevölkerung mit rationiertem Brot erfordert 4½ Millionen Tonnen, wovon 2½ Millionen Tonnen durch die Umlage, der Rest durch eingeführtes Getreide gedeckt werden soll. Die Kosten des Auslandsgetreides liefen dabei um ein Mehrfaches über dem Verkaufspreis im Ausland durch die Reichsgetreidestelle. Ihr Abgabepreis liegt nur wenig über dem Umlagegetreidepreis. Daraus ergaben sich die starken Zuschüsse durch das Reich. Trotzdem, einem Beschluß des Reichstags folgend, von der Reichsgetreidestelle in jüngster Zeit auch freies Inlandsgetreide aufgekauft worden ist, verschlang die Verschlechterung der Valuta die ausgeworfenen Summen. Sollte der bisherige Abgabepreis des Getreides beibehalten werden, so erwüchse dem Reich eine Gesamtausgabe für Auslandsgetreide durch Verbilligungszuschüsse von etwa 16,4 Milliarden Mark für das am 15. August 1922 ablaufende Wirtschaftsjahr; außer den bereits bewilligten 3,27 Milliarden Mark wären also noch weitere 13,15 Milliarden Mark erforderlich ...

Bei einer Erhöhung des Brotpreises um 75 Prozent erzielt das Reich eine Ersparnis von 6 Milliarden Mark. Aber es müssen immer noch 8½ Milliarden Mark angefordert werden, von denen allerdings die mehrfach erwähnten 3,27 Milliarden Mark bereits bewilligt sind. Einen völligen Abbau der Brotpreisverbilligung hält die Reichsregierung zurzeit nämlich für unmöglich. Denn durch die jetzige Brotpreiserhöhung wird nach amtlicher Berechnung jeder Arbeiter pro Arbeitsstunde mit 11 Pf. belastet, während die Aufbesserung seines Lohnes 75 Pf. beträgt, d. h. daß bei einer vierköpfigen Familie von den 75 Pf. schon 43¾ Pf. durch die Brotpreiserhöhung verbraucht werden in einer Zeit, wo alle übrigen Preise in ähnlicher Weise sich steigern.

Im laufenden Wirtschaftsjahr wird die Brotkarte in den einzelnen Gemeinden wie bisher in Geltung bleiben. Eine Erhöhung der Umlage für das laufende Wirtschaftsjahr hält man für völlig undurchführbar, denn schon die Einbringung von 2,5 Millionen Tonnen Umlagegetreide macht große Schwierigkeiten."

Es könnte durch die Darstellung des Reichsernährungsministeriums der Eindruck erweckt werden, als ob das fehlende Getreide im Ausland angekauft worden sei und daß dort infolge des schlechten Standes der deutschen Valuta höhere Preise gezahlt werden mußten. Aber das ist durchaus nicht richtig. Man hat die höheren Preise nicht ausländischen Produzenten, sondern deutschen Produzenten gezahlt. Nicht erst seit heute, sondern schon längst besteht die Gefahr, daß die im Umlageverfahren zu deckenden Mengen an Brotgetreide nicht abgeliefert werden würden; es ist vom Reichsernährungsministerium nichts getan worden, die Ablieferung des Getreides zu sichern. Es ist nichts dagegen geschehen, daß das zur Ablieferung bestimmte Getreide auf den freien Markt gebracht wurde; hier, wo es schon in den Strudel der Preistreiberei hineingerissen war, ist es von Regierungsstellen aufgekauft worden zu Preisen, die die Weltmarkthöhe beinahe erreichten.

Es ist selbstverständlich unmöglich, daß die Finanzwirtschaft des Staates in der Verfassung bleibt, in der wir sie gegenwärtig sehen. Der Umstand, daß die direkte und indirekte Besteuerung der Lohn- und Gehaltsempfänger mit Riesenschritten vorwärts geht und die Erfassung des Besitzes nicht einmal in die Wege geleitet, geschweige denn durchgeführt ist, offenbart die völlige Ohnmacht des Staates gegenüber den Besitzern von Produktionsmitteln. Dieser Staat leistet Zuschüsse für Lebensmittel, damit die Industrie die in ihr tätigen Menschen gewissermaßen nur mit halbem Sold bezahlen muß, während die andere Hälfte durch mildtätige Gaben der Regierung beigesteuert wird. Diese Unterstützung wird von der Industrie beantwortet durch die Forderung, die letzten Produktionsmittel, die der Staat noch besitzt, herauszurücken.

Wer zahlt die Erhöhung?

Wenn es deshalb unter allen Umständen unterstützt werden muß, daß der Staat diesen weiteren Zerfall seiner Finanzen aufhalten möchte und die Zahlung dieser Milliardensumme einstellt, so fehlt nach den bisherigen Veröffentlichungen durchaus eine Andeutung darüber, wie die damit verbundenen Lasten von den arbeitenden Massen getragen werden sollen.

Daß das von den Arbeitern, Angestellten, Beamten, Rentenempfängern usw. nicht möglich ist, dürfte klar sein. Es handelt sich um eine schwere neue Belastung. Lohnerhöhungen sind die unausbleibliche Folge. Die Berechtigung dazu wird von der Regierung anerkannt. Sie bezeichnet als den Hauptgrund, warum die Entente den Wegfall der Lebensmittelzuschüsse fordert, „daß infolge der Lebensmittelzuschüsse des Reichs die Löhne in Deutschland bedeutend niedriger gehalten werden als im Ausland; daß Deutschland infolgedessen billiger produziert und die deutsche Konkurrenz auf dem Weltmarkt stark in Erscheinung tritt". Wird das eingestanden, wird zugegeben, daß der Staat bisher einen Teil der Löhne für die (übrigens mit Riesengewinnen arbeitende) Industrie gezahlt hat, so hat die Regierung dafür zu sorgen, daß dieser in Wegfall kommende Lohnzuschuß künftig von den Unternehmern gezahlt wird und daß nicht erst durch große Bewegungen, die das Wirtschaftsgefüge unnötigen Erschütterungen aussetzen, in jedem einzelnen Fall dieser Wegfall des Lebensmittelzuschusses erkämpft werden muß.

Damit wird die deutsche Wirtschaft vor ein Problem gestellt, das ganz ähnlich für Österreich kürzlich zu lösen war, als dort ein Abbau der Zuschüsse durchgeführt wurde. Der Betrag, um den der Arbeiter, der Angestellte, der Beamte infolge des Abbaus der staatlichen Lebensmittelzuschüsse das Brot, das Kochmehl, das rationierte Fett teurer bezahlen muß, hat ihm der Unternehmer in Form eines durch Gesetz garantierten, von der Einkommensteuer befreiten Lohnzuschusses vollständig zu vergüten.

Die Lohn- und Gehaltsempfänger haben mit aller Entschiedenheit die Forderung aufzustellen, daß bei dieser Wendung in der Wirtschaftspolitik man nicht Hals über Kopf den Arbeitnehmer vor unübersehbare Verhältnisse stellt, sondern daß vor der Durchführung der entscheidenden Maßnahmen völlig klargestellt wird, daß der gewaltige Abbau der Lebensmittelzuschüsse nicht erfolgt, ehe der Reallohn sichergestellt ist. Der jetzige Reallohn ist ein Minimum; wird er noch gefährdet, dann bricht eine Verelendung herein, die alle Ordnungsschranken einfach überrennt.

Wir rücken immer mehr in die Zeit hinein, wo die Inlandspreise an die Weltmarktpreise angeglichen werden. Dann wird für die deutsche Wirtschaft das Riesenproblem erwachsen, daß sie nicht mehr bestehen kann, weil der niedere Stand der Mark eine wesentliche Exportprämie auf dem Weltmarkt bedeutet, sondern daß sie nur bestehen kann, wenn sie technisch und wirtschaftlich den künftigen Aufgaben gewachsen sein wird. Es wird immer klarer, daß der Tiefstand unseres Geldes ein volkswirtschaftliches Unglück ist, daß aber eine schnelle starke Besserung zu Absatzkrisen führt, die unübersehbar sind. Dr. N. E.

Eine Wirtschaftsprovinz Niedersachsen?

s e. Seit längerer Zeit machen sich in den Kreisen der Industriellen, von Handels- und Handwerkskammern und Kommunalbehörden des nordöstlichen Westfalens und der Provinz Hannover Bestrebungen bemerkbar, die die Schaffung einer neuen Wirtschaftsprovinz Niedersachsen zum Ziele haben. Dieser Plan tauchte zum erstenmal 1921 auf. Er wurde in der in Hannover erscheinenden Zeitschrift Niedersachsen eifrig befürwortet. Seine Väter setzten für die neu zu errichtende Wirtschaftsprovinz folgende Grenze fest:

Im Westen den an Holland grenzenden Teil der jetzigen Provinz Hannover, im Norden die Wasserkante von Emden bis einschließlich Harburg, im Osten die jetzige Grenze der Provinz Hannover einschließlich Goslar und Göttingen, während die südliche Grenze von Göttingen in der Richtung Detmold, Bielefeld, Gütersloh, Lippstadt nach Bentheim an der holländischen Grenze verlaufen sollte. In dem Plan sollen 15 Handelskammern, 9 Handwerkskammern und 6 Landwirtschaftskammern zusammengefaßt werden. Reaktionäre Industrielle, Zunftmeister und Agrarier, kurz eine ziemlich gemischte, recht verdächtige Gesellschaft, die sich da in Provinzmacherei übt.

Zur Begründung des Planes wird angeführt: Übereinstimmung in der Wesensart der Bevölkerung, in der Mundart sowie das niedersächsische Bauernhaus und andere kulturhistorische Überlieferungen. Besonders wurde aber hervorgehoben, daß die wirtschaftliche Gliederung des Gebietes wesentlich verschieden sei von der Großindustrie des Westens.

Als die Arbeiterschaft in den industriell am meisten entwickelten Orten des östlichen Westfalens von dieser Absicht Kenntnis erhielt, nahm sie in einer am 6. März 1921 abgehaltenen Gewerkschaftskonferenz dazu Stellung. In einer Entschließung wurde erklärt, daß die Arbeiterschaft diesen Plan der Unternehmer ablehnt, daß sie vielmehr der Meinung ist, daß Rheinland-Westfalen und die beiden Lippe zu einem Wirtschaftsgebiet zusammenzulegen seien.

Seitdem schien die ganze Frage zu ruhen. Allein bald zeigte sich, daß die Fäden weitergesponnen werden. Am 20. Dezember 1921 tagte eine von der Handelskammer in Bielefeld einberufene Versammlung der wirtschaftlichen Verbände der Arbeitgeber, der Vertreter der Kommunalverwaltungen, der Beamtenschaft und der freien Berufe, in der Kommerzienrat Delius als Vorsitzender der Bielefelder Arbeitgeberverbände erklärte, daß sich die Handelskammern Detmold und Minden, der Handelsverein in Schaumburg-Lippe und viele Kommunalverwaltungen für den Anschluß an ein Wirtschaftsgebiet Niedersachsen ausgesprochen hätten. Vom eigentlichen Redner, dem Direktor Sartorius vom Westfälisch-Lippischen Wirtschaftsbunde, wurde dann im besonderen darauf hingewiesen, daß die gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse zur Schaffung eines neuen Wirtschaftsgebietes drängten. Als Hauptgrund wurde jedoch ins Feld geführt, **daß eine Angliederung des umrissenen Gebietes an das Industriegebiet vom Rheinland-Westfalen zur Folge hätte, daß die Löhne sich den Löhnen des Ruhrgebietes angleichen würden.** Viele Betriebe seien jedoch nicht in der Lage, eine Gleichstellung der Löhne mit denen des Ruhrgebietes zu ertragen. Sie liefen Gefahr, ihre Konkurrenzfähigkeit einzubüßen.

Also nicht allgemeine volkswirtschaftliche Interessen sind es, die die Herren veranlassen, für die Schaffung des niedersächsischen Wirtschaftsgebietes zu wirken, sondern die Angst um ihren Profit und vor einer weiteren Steigerung der Arbeitslöhne. Aus diesem Grunde hatten auch die Macher dieses sauberen Planes den Teil der Bevölkerung, der mit am meisten an dieser wichtigen Frage interessiert ist, die Arbeiterschaft, nicht geladen. Die Unternehmer und die ihnen nahestehenden Kreise fürchteten zweifellos, daß ihnen durch die Arbeitervertreter das Konzept verdorben worden wäre. Es ist überhaupt eine Anmaßung sondergleichen, daß solche Beratungen stattfinden, ohne daß die Vertreter der Arbeiterorganisationen hinzugezogen werden. Die Kapitalisten und Bürokraten vom Oberbürgermeister bis zum Landrat, samt ihres zünftlerischen Anhangs sollen sich nur nicht einbilden, daß sie damit ihren Zwecken bei der Bildung von Wirtschaftsprovinzen dienen. Das Gegenteil dürfte eintreten, denn die in diesem ausgedehnten Gebiete gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, deren Zahl mehr als 150000 beträgt, werden sich eine derartige, über ihren Kopf getroffene Maßnahme nicht gefallen lassen und solche Anmaßung in geeigneter Form zurückweisen.

Einsichtige Volkswirtschaftler sind sich darüber klar, daß unsere Wirtschaft mit Rücksicht auf den Friedensvertrag und die sich aus ihm ergebenden Reparationsleistungen neu organisiert werden muß. Diese Neugestaltung ist mit die Hauptaufgabe der kommenden Wirtschaftsräte. Sie werden damit ein wichtiges politisches Gebiet betreten und über die besonderen Berufsinteressen die großen Wirtschaftsfragen zu stellen haben. Unlösbar verbunden mit diesen Dingen ist die Provinzbildung nach Wirtschaftsgebieten.

Für Rheinland-Westfalen erscheint solche wirtschaftspolitische Vereinheitlichung durchaus notwendig, da sich immer mehr zeigt, daß die großen Werke des rheinisch-westfälischen Industriegebietes ihren Einfluß auch auf die Betriebe im östlichen Teile Westfalens ausdehnen. Wir verweisen dabei auf die Tatsache, daß rheinische Großindustrielle einen bestimmenden Einfluß auf die Werke in Osnabrück und in der Nähe von Bielefeld auszuüben versuchen. Das Zusammenlegen hochbedeutsamer Industriegebiete läge also durchaus im Interesse der wirtschaftlichen Entwicklung.

Die Unternehmer wollen jedoch eine solche vernunftgemäße Linienführung nicht. Sie fürchten Einbuße ihres öffentlichen, persönlichen Einflusses, zum andern — das scheint der Hauptgrund — befürchten sie die Einigung der Arbeiterschaft dieses gewaltigen Industriebeckens. Ihre Absicht ist aber zu trennen, die unruhigen, „radikalen Elemente des Ruhrgebiets" mit „ruhigen" zu umklammern. Darum legen sie sich für die Schaffung der Wirtschaftsprovinz Niedersachsen ins Zeug.

Die von ihnen sonst noch angeführten Gründe: Kulturgeschichtliche Bande, Abstammung, Sprachverwandtschaft und dergleichen haben vor den Lebensnotwendigkeiten eines ganzen Volkes unter allen Umständen in den Hintergrund zu treten. Wenn vom niedersächsischen Bauernhaus oder anderen Überbleibseln der Vergangenheit die Aufwärtsbewegung und Ausgestaltung unserer Industrie und damit unser Bestehen als Wirtschaftsvolk abhängig sein soll, dann muß man doch sagen, daß diese Unternehmer und die ihnen Gefolgschaft leistenden Kreise des Handwerks verteufelt wenig von den gegenwärtigen volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten erkannt haben.

Vom Gesichtspunkte der Lohnfrage haben wir gegenüber der Stellung der Herren, die Befürworter dieses Planes sind, auf folgendes hinzuweisen: In den in Betracht kommenden Gebieten haben in früheren Jahren Lebensmittelpreise geherrscht, die gemessen an denjenigen des Industriebezirks erheblich geringer waren. Das lag in verschiedenen Ursachen begründet. Einmal waren die Landstriche dünner bevölkert und es blieb den Bewohnern ein Stück Acker oder Weideland, auf dem sie in nicht unerheblichem Maße ihre Lebensmittel selbst zogen und damit indirekt einen Druck auf die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse ausübten. Das gleiche war in der Viehwirtschaft zu verzeichnen. Kurz und gut, die Lebensmittelpreise waren gegenüber den Industriestädten Hamm, Dortmund, Gelsenkirchen, Bochum, Düsseldorf, Köln usw. geringer. Entsprechend diesen niedrigen Lebenshaltungskosten waren auch die Löhne niedriger als im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Das hat sich nach 1914, besonders aber seit 1918 merklich geändert. Heute findet man kaum einen Unterschied zwischen den Preisen im Westen — mit Ausnahme der Städte, die im besetzten Gebiet liegen, die noch höhere Preise haben — und denen des östlichen Gebiets. Wenn auch im letzten Jahre ziffernmäßig eine merkliche Aufwärtsbewegung der Löhne in den östlichen Teilen Westfalens und der übrigen für diese Betrachtung in Frage kommenden Landstriche eingetreten ist, so ist der Reallohn trotzdem gegenüber der Vorkriegszeit gesunken, d. h. der Käufer bekommt für die gleiche Summe nicht mehr die gleiche Warenmenge. Auch die wirklich gezahlten Löhne sind niedriger als im Industriegebiet, trotz der zum Teil gleichartigen Produktion und gewiß gleichen Arbeitsleistung.

Diesen Zustand der niedrigeren Löhne wollen die Arbeitgeber durch die Wirtschaftsprovinz Niedersachsen verewigen. Soll die Leistungsfähigkeit der Arbeiter der Fertigindustrie in dem umrissenen Gebiet mit der Leistungsfähigkeit der Arbeiter in der Rohproduktion gleichen Schritt halten — und das ist mit Rücksicht auf die allgemeine wirtschaftliche Notwendigkeit Deutschlands dringend geboten — dann darf es kein künstliches Zurückhalten der Löhne geben, sondern muß ein Anpassen an die westlichen Bezirke erfolgen. Rohproduktion und Fertigfabrikation haben sich einander zu ergänzen. Der Zustand ist unhaltbar, daß der intelligente Facharbeiter in der letzteren geringer entlohnt wird als der Facharbeiter oder gar der angelernte Arbeiter in der Rohproduktion.

Der Bezirk Bielefeld unseres Verbandes hat bereits auf seiner letzten Geschäftsführerkonferenz zu der Angelegenheit Stellung genommen und seine ablehnende Haltung in einer Entschließung im Sinne vorstehender Ausführungen zum Ausdruck gebracht.

Der Vorstand des Metallarbeiter-Verbandes wird die Entwicklung der Dinge weiterverfolgen und bei den in Betracht kommenden Stellen — A. D. G. B., Regierung und Reichswirtschaftsrat — darauf hinwirken, daß den von „völkischer Eigenart" und der Sorge um ihren Profit gequälten Unternehmern ein Strich durch die Rechnung gemacht wird.

Wir haben uns bei der Beurteilung dieser Frage leiten zu lassen von den sachlichen Gründen einer gesunden Wirtschaftspolitik im Interesse der Volksgesamtheit. Diesen Interessen wird durch eine Zerstückelung Westfalens und durch die Schaffung eines Wirtschaftsgebietes Niedersachsen nicht gedient. Wer den industriellen Fortschritt fördern will, der muß mit uns eintreten für die Bildung einer Wirtschaftsprovinz Rheinland-Westfalen.

Arbeitgeber-Zeitung u. Betriebsräte

Kollege Dißmann schreibt uns: Das bekannte Scharfmacherorgan der deutschen Unternehmer gefällt sich in einer fortgesetzten Hetzerei gegen die Betriebsräte. Nummer 3 vom 15. Januar 1922 enthält einen Artikel über „Die Freistellung der Betriebsräte". Die Arbeitgeber-Zeitung bekämpft natürlich die Freistellung und verfällt dabei auf den wunderbaren Gedanken, mich als Kronzeugen anzuführen, wobei sie einige Zeilen aus der Metallarbeiter-Zeitung zitiert, die sich auf Darlegungen beziehen, die ich in Leipzig zu dieser Frage gemacht habe. Anschließend daran bemerkt das Unternehmerblatt:

> Die Freistellung eines Betriebsratsmitglieds in Betrieben mit weniger als 800 Mann Belegschaft heißt Dißmann nicht gut, ebensowenig die Freistellung von mehreren in Betrieben mit unter 2000 Mann Belegschaft. Möge die deutsche Industrie sobald als möglich diesen Wünschen des Metallarbeiter-Verbandes nachkommen, dann wird noch mancher Betriebsrat wieder geregelter Tätigkeit zugeführt werden können!

Gemach, ihr Herren! Ich denke nicht daran, in Betrieben mit unter 800 Beschäftigten die Freistellung eines Betriebsrats oder bei Betrieben von 800 bis 2000 Beschäftigten die Freistellung mehrerer Betriebsräte einfach abzulehnen. Das muß in jedem Fall geprüft werden und hängt mit den Verhältnissen des einzelnen Betriebes aufs engste zusammen. Das läßt sich nicht nach einer Schablone beurteilen. Wo die Freistellung von einem oder mehreren Betriebsräten notwendig ist, muß es geschehen. Hinwirken müssen wir auf eine sachliche Verteilung der Arbeit unter den einzelnen Betriebsräten und vermeiden, daß die Betriebsräte mit Dingen beschäftigt werden, die nicht zu ihrem Aufgabenkreis gehören, wie Waren- ein- und -Verkauf und dergleichen. In diesem Sinne führte ich in Leipzig aus:

> Wo es möglich ist, sollen die Betriebsräte noch eine teilweise produktive Arbeit ausüben als Arbeiter und Angestellte selbst, weil wir das für gesünder halten. Lassen Sie die Betriebsräte stets auf ihrem Mutterboden stehen! Sie werden dann viel weniger Anfechtungen ausgesetzt sein, können sich besser behaupten und ihre Position ist weit stärker. Daß es im Großbetrieb nicht möglich ist, ohne völlige Freistellung von Betriebsräten auszukommen, bin ich verpflichtet hinzuzusetzen. Ich will mich auf keine Zahl festlegen, aber in Betrieben, die 600, 800, 1000, 2000 und mehr Arbeiter beschäftigen, ist es unausbleiblich, daß einer oder in größeren Betrieben mehrere freigestellt werden müssen, weil sonst die Tätigkeit der Betriebsräte gar nicht auszuüben ist. Das richtet sich aber von Fall zu Fall. Soweit es möglich ist, verteilt die Arbeit! Sorgt für eine gesunde Geschäftsführung, die den Blick über das Ganze nicht verliert, die disponiert! Haltet aber an dem Grundprinzip fest, soweit wie möglich die Freistellungen zu vermeiden! Ein besonderes Kapitel, auf das ich noch komme, ist die Frage, mit welchen Arbeiten sich die Betriebsräte im Betrieb überhaupt befassen sollen.

Wenn die Arbeitgeber-Zeitung sagt: „Halten wir uns nur an das Positive, was Dißmann sagt," so quittiere ich dies mit Vergnügen. Nur bitte dann auch objektiv und das auf das Positive meines gesamten Leipziger Referates ausgedehnt. Da sage auch ich: „Möge die deutsche Industrie sobald als möglich diesen Wünschen des Metallarbeiter-Verbandes nachkommen."

Aus dem Reiche der Technik

Ein Parallelschraubstock mit Kugelgelenk

Es wurde kürzlich ein Schraubstock mit einem Kugelgelenk konstruiert, bei dem es der Arbeiter nicht nötig hat, das Werkstück zwecks Bearbeitung seiner verschiedenen Flächen und Kanten jedesmal ausspannen und dann wieder richtig einspannen zu müssen. Oft ist nicht einmal eine geeignete Fläche zum Einspannen vorhanden und man muß irgendwelche Hilfsvorrichtungen benutzen. Um das einmal eingespannte Werkstück in seiner ersten Lage zu belassen und doch von verschiedenen Seiten bequem bearbeiten zu können, ist ein Kugelgelenk im Schraubstock selbst angeordnet. Dadurch ist es dem Arbeiter möglich gemacht, das Werkstück nach jeder Richtung drehen und in jeder gewünschten Lage festspannen zu können. Durch einen einfachen Hebeldruck wird der Schraubstock in die bewegliche Stellung gebracht, mit dem festgespannten Arbeitsstück in die gewünschte Lage gedreht und dann durch den Hebeldruck wieder festgesetzt. Es leuchtet ein, daß durch solche Handhabung, namentlich bei schwerer zu bearbeitenden und einzuspannenden Stücken, viel Zeit von dem Arbeiter gespart wird. Die Drehung des Schraubstocks mit dem eingespannten Werkstück kann nach jeder Richtung hin bis zu einem Winkel von etwa 90 Grad erfolgen, so daß außer der eingespannten Stelle jede Fläche bearbeitet werden kann. Ein besonderer Vorzug dieses Schraubstocks liegt auch darin, daß die Arbeiter in sitzender Stellung tätig sein können, was für Kriegsbeschädigte oft von großem Wert ist. Für Schnitzerei, Werkzeugmacher, Präzisionsarbeiter oder Feinmechaniker dürfte er eine erwünschte Einrichtung bilden. (Wenn auch nicht geleugnet werden soll, daß durch diesen Schraubstock eine gewisse Arbeitserspornis erzielt wird, so wird jeder, der die Lücken derartiger Neuerungen kennt, eine gewisse Skepsis haben.)

Das Aufschweißen von Schnellschnittstahl auf Siemens-Martinstahl

Die erheblichen Preise der Spezialstähle, die für die hochbeanspruchten Schnittstähle benötigt werden, haben seit langem dazu geführt, auf Siemens-Martinstahl Plättchen aus Spezialstahl aufzuschweißen. Man verfährt dabei wie folgt: Der Siemens-Martinstahl wird eingesetzt und das Edelstahlplättchen gut aufgepaßt, dann der Stab mit lose aufgelegtem Plättchen auf helle Rotglut erwärmt. Dann wird der Stab und Plättchen glühend, 700 bis 800 Grad, mit einer groben Stahlbürste gründlich von allem Hammerschlag gereinigt, alsdann eine 5 mm Schicht Schweißpulver aufgebracht und das Plättchen aufgelegt, in den heißen Ofen sorgfältig eingelegt und auf helle Schweißhitze erwärmt. Endlich kommt das Schweißstück unter eine Schraubenpresse und wird durch Pressen aufgeschweißt. Die richtige Schweißtemperatur muß gründlich erlernt und das Schweißpulver erster Güte sein. Die Vorteile, die bei diesen aufgeschweißten Schneiden entstehen, sind ganz erheblich. Zunächst kann man bei der geringen Stahlmenge die teuersten und besten Stähle verwenden. Man kann den Stahl so lange nachschleifen, bis das aufgeschweißte Plättchen verbraucht ist. Dann schweißt man ein neues auf.

Ferner ist die Wärmeleitfähigkeit der hochwertigen Stähle, besonders des Wolframstahles, erheblich geringer als die des gewöhnlichen Siemens-Martin-Stahls; die Wärme wird also von diesem schneller von der Schneide abgeleitet, als wenn das ganze Werkzeug aus Edelstahl besteht. Die Belastungsfähigkeit des Stahles und seine Lebensdauer wird so erhöht.

Und letzten Endes weiß jeder Werkzeugmacher, daß das Nachschmieden von hochwertigen Stählen Schwierigkeiten macht. Der Stahl wird häufig verdorben oder erhält Risse, die sich erst im Betrieb bemerkbar machen. Auch dieses wird bei dem Aufschweißen von Schnellschnittstahl auf Siemens-Martinstahl vermieden.

Ein Keilziehapparat

wurde vor einiger Zeit patentiert. Das Lösen von Nutkeilen, wie man sie an Transmissionen, Riemenschiebern usw. hat, ist stets sehr umständlich. Mit dem Hammer kann man in den meisten Fällen nicht arbeiten, da kein Platz zu dessen Betätigung ist. Auch das Eintreiben von Keilen zwischen Maschinenteil und Nutenkeilkopf hat, besonders wenn der Keil gut sitzt und lange unberührt geblieben war, nicht immer den gewünschten Erfolg. Da scheint die Erfindung eine praktische Besserung zu versprechen. Der Apparat besteht aus zwei auseinander lösbaren Winkeln mit drei Stellschrauben und Greifzangen. An der Welle wird er durch Haltstücke und Schrauben so befestigt, daß er zwischen Keilnase und Radnabe sitzt und der Fuß der Schraube gegen die Radnabe stößt, während der untere Scheitelteil des oberen Winkels gegen die Keilnase gelagert ist. Wenn die drei Schrauben angezogen werden, so wird gegen Keil und Radnabe eine so große Kraft ausgeübt, daß der Keil aus seiner Lagerung gezogen wird.

Genaues Gewindeschneiden

Feine Gewinde lassen sich leichter zum Passen bringen als grobe, sie brechen aber eher in den Gängen aus. Bei Gewindebohrern ist zu beachten, daß sie sich in der Härte krummziehen können und dann größere Mutterlöcher schneiden, als ihrem Durchmesser entspricht. The Hartford Tap & Gauge Co. in Manchester bearbeitet die Gewindebohrer nach dem Härten fertig. Ein Gewindebohrer dieser Firma von 1" Durchmesser und 22½" Länge besaß auf 3" nur 0,0001" Steigungsabweichung. In einer mit diesem Gewindebohrer geschnittenen Mutter ließe sich ein Lehrbolzen von genau gleicher Steigung und einem um nur 0,0005" kleineren Durchmesser, der, ohne zu wackeln, paßte, mit nur zwei Fingern fest auf volle Tiefe einschrauben.

WELTSCHAU

Die Spaltung in Frankreich

Moskau hat einen Sieg errungen, dem französischen Unternehmertum wird große Freude zuteil. Denn die Gewerkschaftsbewegung Frankreichs ist nun tatsächlich gespalten. Es gibt dort jetzt zwei Gewerkschaftszentralen, für jede Industrie zwei besondere Organisationen, in allen Departements zwei Bezirksausschüsse. Diese Tatsache wird nicht ohne Rückwirkung auf die internationale Arbeiterbewegung, ja auf die internationale politische Situation im allgemeinen sein. Denn eine starke, geschlossene Arbeiterbewegung, die auf die politische und wirtschaftliche Situation Frankreichs ihren Einfluß geltend zu machen imstande ist, war nie notwendiger als jetzt. Nachdem es Moskau Weihnachten 1920 in Tours gelungen war, die sozialistische Partei zu spalten und damit deren Einfluß auf die politische Entwicklung des Landes für die nächste Zukunft auszuschalten, ist jetzt das Verbrechen aller Verbrechen begangen worden, auch die wirtschaftliche Vertretung der Arbeiterklasse zu zerreißen. Zum Verständnis der gegenwärtigen Lage ist ein Rückblick auf die Vergangenheit notwendig.

Bis zum Kriege herrschte in der französischen Gewerkschaftsbewegung die syndikalistische Richtung. Der Syndikalismus war in Frankreich eine direkte Folge der Parteispaltung. Die sozialistische Partei, wenn sie die Gewerkschaften geistig befruchtet hat, ist als einheitliche Organisation in Frankreich von den Gewerkschaften auf dem Kongreß von Marseille im Jahre 1879 gegründet worden. Doch schon 1882 spaltete sich die Partei wieder, um sich erst 1905 wieder zu einigen. Damit war die Spaltung auch in die Gewerkschaften hineingetragen, um so mehr, als diese mit der Partei organisch verbunden waren. Die Gewerkschaften mußten sich schließlich von der Partei abwenden, wollten sie nicht gänzlich zugrunde gehen. So entstand der Syndikalismus, dessen Hauptprinzip war: „Die Gewerkschaften genügen sich selbst“.

Um „sich selbst zu genügen“ wurde eine von Anarchisten inspirierte Theorie aufgestellt, die die parlamentarische und demokratische Aktion ausschloß, die mehr oder weniger gewalttätige „direkte Aktion“ der Gewerkschaften an deren Stelle setzte und als Hauptmittel den Generalstreik propagierte. Die Ersetzung der kapitalistischen Produktion dachte man sich ähnlich, wie die Bolschewisten es versucht haben.

Der Krieg hat mit diesen Illusionen aufgeräumt. Die ohnehin schwachen Gewerkschaften waren blutleer geworden und die Führer begriffen, daß alle Arbeit ohne eine starke Organisation und ohne eine planmäßige Aufklärungsarbeit nutzlos ist. Starke Organisationen sind aber nur möglich, wenn man den Arbeitern noch etwas anderes als „revolutionäre“ Reden bietet. Die Führer stellten also ihre Aktion um. Der Erfolg blieb auch nicht aus. Die Mitgliederzahlen aller Verbände schnellten prächtig empor, die Finanzkraft nahm vielversprechend zu, die Kampfesstimmung der durch den Krieg niedergedrückten Masse gab zu großer Hoffnungsfreude Anlaß. Ermutigende Zeichen in Anbetracht der siegreich vom Schlachtfelde heimkehrenden Oberschicht.

Mit dem Sieg der Bolschewisten in Rußland begann aber deren Agitation im Auslande. Zunächst in der sozialistischen Partei Frankreichs. Leute wie Cachin, die bis dahin in Hurrapatriotismus gemacht hatten, schwenkten plötzlich um und bekehrten sich zum Bolschewismus. So kam es zur Spaltung.

Dann wurde gegen die Gewerkschaften gewühlt. Man gründete „Zellen“, sogenannte Comitées Syndicalistes Révolutionnaires (C.S.R.), die die Hetzkampagne organisierten und die Mitglieder aus den Versammlungen hinausgraulten. Von einem durchschnittlichen Mitgliederstande von 2320000 im 1. Quartal 1920 sank dieser auf 860000 im 4. Quartal. Die Zellenbauer waren nahe daran, zu siegen.

In Verfolg eines Beschlusses des Gewerkschaftskongresses von Lille (Juli 1921) wurden die Ortsgruppen, die den C.S.R. beigetreten waren, ausgeschlossen. Diese hatten bereits eine Landesorganisation gebildet und gestützt auf die Verbände der Lebensmittelarbeiter, Möbelarbeiter, Bauarbeiter, Wäscher, Friseure, Lehrer, Dechsler, Färber, Wagen- und Flugzeugbauer und Eisenbahner (für letztere bestanden bereits zwei Verbände) berief diese auf den 22. und 23. Dezember nach Paris einen „revolutionären“ Gewerkschaftskongreß ein. Dieser beschloß schließlich, eine „provisorische“ Gewerkschaftszentrale zu errichten, Beiträge zu erheben und ab 1. Januar die Beitragszahlung an den alten Gewerkschaftsbund einzustellen. Damit ist die Spaltung vollendet.

Der „provisorische“ Gewerkschaftsbund behauptet, daß ihm über 1500 Ortsgruppen angehören. Der alte Bund bestreitet die Richtigkeit dieser Zahl und gibt an, rund 4000 Gruppen zu zählen. Zu bemerken ist, daß die „Revolutionären“ gespalten sind in Syndikalisten, die von Moskau nichts wissen wollen, und Kommunisten. Und dies ist ihre Schwäche. Man kann erwarten, daß sie in absehbarer Zeit abgewirtschaftet haben werden.

Abgeblitzte Unternehmer in Norwegen

Obwohl in Norwegen die Industrie nicht entfernt so weit entwickelt ist wie in den anderen skandinavischen Ländern, so haben doch die norwegischen Industriellen während des Weltkrieges durch Lieferungen für den Heeresbedarf der Entente schwere Profite gemacht. Das ist seit einigen Jahren weggefallen und da auch Norwegen das Schicksal der Länder mit starker Valuta teilen muß, kann seine Industrie den Wettbewerb mit der in den Ländern mit schwächerer Valuta natürlich ebenfalls nicht aushalten. Die Folge ist auch in Norwegen eine beträchtliche Arbeitslosigkeit. Außerdem kam es im vorigen Jahre anläßlich eines Seemannsstreiks zu einem Generalstreik, der nicht zu dem gewünschten Erfolge führte. Zieht man ferner in Betracht, daß in Norwegen die Kommunisten eine größere Rolle in der Arbeiterbewegung spielen als in anderen Ländern, so braucht man sich aus all diesen Ursachen nicht darüber zu wundern, daß dort die Arbeiterbewegung zurückgeht. Zu Anfang des vorigen Jahres hatten die Gewerkschaften 141878 Mitglieder, im September nur noch 104073, also ein Verlust von 26,5 v. H. Im Jahre 1919 hatten die Gewerkschaften ungefähr um ebensoviel zugenommen. Was Wunder, daß die Unternehmer nunmehr versuchen, sich durch Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen so viel wie möglich von dem bisher gewohnten Profit zu sichern! Etliche Gewerkschaften haben sich bei Vertragserneuerungen denn auch Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen gefallen lassen müssen.

Daneben verschmähen die Unternehmer auch „kleinere Mittel“ nicht, wenn Aussicht vorhanden zu sein scheint, den Arbeitern schon während der Gültigkeitsdauer der jetzt noch bestehenden Verträge etwas abzwacken zu können. Der norwegische Arbeitgeberverein (die Spitzenorganisation der Unternehmerverbände) versandte an seine Mitglieder ein Rundschreiben, worin bestimmt wurde, daß die Vergütung für die Ferien der Arbeiter nach der „effektiven Dienstzeit“ berechnet werden solle. Sie müsse dem Lohn entsprechen, den der Arbeiter während der Ferienzeit hätte verdienen können. Es sei dabei jedoch in Betracht zu ziehen, daß, wenn in einem Betriebe während der zwölfwöchigen Beschäftigung, die den Arbeiter zum Anspruch auf Ferien berechtigen, eine Änderung in der Arbeitszeit eingetreten sei, die Ferienvergütung nach der täglichen Durchschnittszahl der gearbeiteten Stunden berechnet werden müsse. Wo die Arbeitszeit weniger als acht Stunden täglich beträgt, sollte also entsprechend weniger Ferienvergütung gezahlt werden.

Der Norwegische Eisen- und Metallarbeiter-Verband und der Norwegische Formerverband waren der Meinung, daß diese Anordnung im Widerspruch zu einem am 22. Juni 1920 gefällten Schiedsspruche für die Metallbetriebe stehe und verklagten die für diese zuständige Unternehmerorganisation, den Landesverein der mechanischen Werkstätten, sowie den norwegischen Arbeitgeberverein bei dem Arbeitsgericht. Sie forderten, daß bei Berechnung der Ferienvergütung eine wöchentliche Arbeitszeit von 48 Stunden zugrunde gelegt werde. Das Arbeitsgericht gab dieser Forderung statt. Es ging davon aus, daß nach dem Schiedsspruche die Ferien „zwei Arbeitswochen“ umfassen sollen. Dabei sei an einen normalen Geschäftsbetrieb gedacht worden. Der Schiedsspruch habe den Arbeitern so viel Arbeitstage Ferien zuerkennen wollen, wie beim gewöhnlichen Betriebe in zwei Arbeitswochen fallen. Der Grundgedanke des Schiedsspruches sei der gewesen, daß zwölf „effektive Arbeitswochen“ ein Recht auf zwei „effektive Arbeitswochen als Ferien“ geben. Die von den Beklagten geforderte Berechnungsweise würde dazu führen, daß ein Teil der durch die Betriebseinschränkung hervorgerufenen Arbeitsstillegung auf die Arbeiter als Ferien abgewälzt würde. Da die normale Arbeitszeit 48 Stunden in der Woche betragen habe, die auf sechs Arbeitstage verteilt wurden, so müsse auch eine solche Wochenarbeitszeit dem zu berechnenden Ferienlohn zugrunde gelegt werden.

Wir haben einen etwas ausführlicheren Auszug aus der Urteilsbegründung gemacht, weil sie auch für unsere Kollegen beachtenswert ist. Die Unternehmer gaben das Spiel aber noch nicht verloren. Am 1. Dezember versandte der Arbeitgeberverein ein weiteres Rundschreiben, worin er sich auf den Standpunkt stellte, daß das Urteil sich noch nicht darüber ausgesprochen habe, wann bei verkürzter Arbeitszeit das Recht auf Ferien erworben sei. Dazu sei ein neues Urteil nötig. Der Unternehmerverband wies dementsprechend seine Mitglieder an, für die von den Arbeitern bereits genommenen Ferien die beanspruchte Nachzahlung vom Ferienlohn noch nicht zu gewähren. Infolgedessen kam es am 31. Dezember zu einer neuen Verhandlung vor dem Arbeitsgericht. Dieses entschied, daß nach den bisher ergangenen Urteilen die zur Erwerbung des Ferienrechts nötige Beschäftigungsdauer so zu berechnen sei, wie wenn während der verkürzten Arbeitszeit normal gearbeitet worden sei. —

Das war also der zweite Hereinfall der Unternehmer bei dem Versuch, hinterrücks die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Qu.

Argentinischer Brief

Wir erhielten aus organisierten Metallarbeiterkreisen Buenos Aires' unterm 10. Dezember 1921 folgende Mitteilung: In letzter Zeit mehren sich die Anfragen deutscher und österreichischer Kollegen über die hiesigen Arbeitsverhältnisse und darüber, ob es hier Verdienstmöglichkeit gibt. Die Schreiber wünschen offensichtlich eine bejahende Antwort auf die letzte Frage. Da sich die meisten eine falsche Vorstellung von diesem Lande machen, sei zu Nutz und Frommen der europäischen Kollegen folgendes gesagt:

In Argentinien ist keine bodenständige Metallindustrie, weil es hier an Erz und Kohle gänzlich fehlt. Wohl sind einige kleine Walzwerke vorhanden, aber sie verarbeiten nur Alteisen. Alle Maschinen, Werkzeuge und der größte Teil des Stabeisens kommen aus Europa und Nordamerika. Abgesehen von ein paar Nagel- und Schraubenfabriken, gibt es nur handwerksmäßige Betriebe. Während des Krieges entstanden Werkstätten zur Fabrikation von elektrischen Zählern und Motoren, die aber schon wieder eingegangen sind.

Als Metallarbeiter kommt man hier nur für Montage und Reparatur in Betracht, für Eisenkonstruktion der Bauschlosser, dann findet man noch im Wagenbau und in den Werkstätten, wo (einfache) landwirtschaftliche Maschinen hergestellt werden, Unterkunft. Die meisten Industriebetriebe befinden sich in der Hauptstadt Buenos Aires und Umgebung.

Aus Vorstehendem kann entnommen werden, daß sich hier nur für handwerksmäßig gelernte Kollegen Arbeitsgelegenheit bietet. Dann darf der deutsche Kollege nicht außer acht lassen, daß er hier mit Nationen in Wettbewerb zu treten hat, die weniger Ansprüche ans Leben stellen wie er. Hier wird er sich mit seiner Familie meist mit einem Zimmer, etwa 4 Meter im Geviert, begnügen müssen. Es ist recht nützlich, wenn die Einwanderer zum mindesten die Anfangsgründe der spanischen Sprache können, ansonsten sie auf die guten Dienste ihrer Landsleute und bei Arbeitssuche auf die deutschen Firmen angewiesen sind, welch letztere die Unkenntnis ihrer Landsleute ausbeuten.

Ein wirklich selbständiger Arbeiter kann zurzeit hier sein Auskommen finden. In der letzten Zeit sind vornehmlich in den Maschinen- und Autoreparaturwerkstätten Lohnabzüge erfolgt, bei den Bauschlossern und Werftarbeitern schlugen, dank der guten Gewerkschaft, die Versuche der Unternehmer fehl. Auf den Deutschen machen die hiesigen Werkstätten den Eindruck, als ob sie nur provisorisch errichtet seien. Es sind Wellblechbuden, die feste Fußböden nicht kennen. Bloß die Bahnwerkstätten und einige staatliche Betriebe sind einigermaßen neuzeitlich eingerichtet.

Die wöchentliche Arbeitszeit schwankt zwischen 44 und 50 Stunden. Die Stundenlöhne betragen für Gesellen 80 bis 120 Cents, für „halbe“ Gesellen (Angelernte) 50 Cents und mehr, für Ungelernte 50 Cents, für Lehrlinge (Arbeitsburschen) von 20 Cents aufwärts. Diese Sätze gelten so ziemlich in allen gelernten Berufen. Am schlechtesten zahlen die Eisen- und Straßenbahnen, doch haben deren Arbeiter den Trost, eine Pension zu erhalten, wenn sie alt geworden sind.

Damit nun der deutsche Kollege auszurechnen vermag, was er sich hier für seinen Stundenlohn kaufen und herausfinden kann, ob er sich hier besser stellt, seien noch einige Preise angeführt. Es kosten in Buenos Aires durchschnittlich: 1 Zimmer monatlich 30 Dollar, 1 Anzug 70 Dollar, 1 Paar Stiefel 12 Dollar, 1 kg Rindfleisch 0,60 Dollar, 1 Dutzend Eier 0,90 Dollar, 10 kg Kartoffeln 1,80 Dollar, 1 kg Brot 0,40 Dollar, 1 kg Mehl 0,30 Dollar, 1 Liter Milch 0,20 Dollar.

Die italienischen Gewerkschaften

zählten vor dem Kriege 320 000 Mitglieder. Im Jahre 1919 betrug die Zahl 1 150 000. Zurzeit beläuft sich die Mitgliederzahl auf etwa 2 200 000. Auch das italienische Wirtschaftsleben wird von einer schweren Krise heimgesucht. Betriebseinstellungen, Betriebseinschränkungen, Lohnkürzungen und Arbeiterentlassungen sind an der Tagesordnung. Italien gehört bekanntlich auch zu den „Siegern“.

Die moderne Gesellschaft beruht auf der Geduld des armen Volkes.

Anatole France.

Gott gewährt Freiheit nur denen, die sie lieben und stets bereit sind, sie zu hüten und zu verteidigen.

Daniel Webster.

Das Proletariat ist nicht unterdrückt, weil seine Unterdrücker es beschimpfen und ihm mißtrauen, sondern weil es sich selbst beschimpft und kein Vertrauen zu sich selbst hat.

Bernhard Shaw.

Reichskonferenz der Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerksarbeiter

Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter hielt vom 20. bis 22. Januar in Kassel eine Konferenz der in den sogenannten lebenswichtigen Betrieben beschäftigten Arbeiter ab.

Die Konferenz war besucht von 130 Delegierten, 30 Gauleitern, 11 Vorstands- und Ausschußmitgliedern. Vertreten waren weiter der Beirat der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale des A.D.G.B., der vorläufige Reichswirtschaftsrat, das Gaskokssyndikat, die Stadtverwaltung Kassel, das Gewerkschaftskartell Kassel.

Verbandsvorsitzender Müntner (Berlin) gab in der Eröffnungsrede der besonderen Freude Ausdruck, daß die Internationale so stark vertreten sei, besonders aus der Teilnahme der französischen Kollegen könne man die Hoffnung ziehen, daß die Verständigung mehr und mehr fortschreite.

Über den ersten Punkt der Tagesordnung: „Die technische Entwicklung in den Gas- und Wasserwerken“ sprach Prof. Dr. K. Bunte (Karlsruhe). Der Redner gab ein ausführliches Bild der Entwicklung der Gaserzeugung. Die technische Entwicklung und die Sozialisierung der Elektrizitätsindustrie behandelte Betriebsingenieur Dohle (Essen). Der Gedanke der Sozialisierung der Elektrizitätsindustrie sei nicht erst nach der Revolution aufgetaucht. Schon vor dem Krieg hätten streng konservative Leute und auch Industrielle die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft propagiert. Wenn heute dieselben Kreise sich mit allen Mitteln gegen eine Überführung der Elektrizitätswirtschaft in die Gemeinwirtschaft sträubten, so könne man daraus erkennen, daß nicht sachliche Gründe sie leiteten, sondern lediglich der Haß gegen die neue Staatsordnung. Dem neuen Volksstaat wollten sie nicht zugestehen, was sie dem alten Obrigkeitsstaate, in dem sie die führende Rolle spielten, ohne weiteres zu geben bereit waren. Das inzwischen geschaffene Gesetz über die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft befriedige zwar weder den Techniker noch den Sozialisten, aber immerhin sei es ein Erfolg.

Direktor R. Heckmann (Berlin) referierte über die wirtschaftliche Entwicklung der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und deren Einfluß auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Er führte aus, daß die wirtschaftliche Entwicklung auch eine Kehrseite habe: Arbeitslosigkeit durch Einführung arbeitsparender Maschinen und neuer Ofensysteme, dazu komme die Ferngasversorgung, die bereits in 110 Orten bezw. von größeren Gruben aus eingeführt sei. Ausführlich ging der Redner dann auf die Frage der Gewinnbeteiligung der Arbeiter ein. Er schilderte einen solchen Plan der Frankfurter Gasgesellschaft, auf den leider trotz der Ablehnung von Verband und Filiale die Arbeiterschaft hereingefallen sei. Die Gewinnbeteiligung müsse abgelehnt werden, weil sie die Einigkeit der Arbeiterschaft zu gefährden drohe. Außerdem werde sie auf die Dauer nicht ohne Einfluß auf den Arbeitslohn bleiben. In der sehr eingehenden Aussprache wurde die Gewinnbeteiligung der Frankfurter Gasarbeiter sehr scharf kritisiert.

Im Anschluß an das Referat über Organisationsfragen schilderte ein Vertreter aus dem Saargebiet die Leiden der Arbeiterschaft unter dem Militarismus der Besatzungsmächte, speziell der Franzosen. Er richtete an die Vertreter der Internationale die Bitte, in ihren Ländern Aufklärung zu verbreiten und dafür zu wirken, daß ihr Los erträglicher gestaltet werde. Sodann drehte sich die Aussprache um das Bestreben der Maschinisten und Heizer, eine 16. Industriegruppe zu schaffen. Das würde bedeuten, daß die jetzige Industriegruppe 12, der die öffentlichen Betriebe angegliedert sind, zerrissen und unfähig gemacht werde, ihre Aufgaben zu erfüllen. Dieses Bestreben diene nicht den Interessen der Allgemeinheit, sondern sei diktiert von egoistischen Organisationsinteressen. Eine in diesem Sinne gehaltene Entschließung wurde einstimmig angenommen.

Unsere Arbeitslage

Für die Berichtswoche vom 14. bis 21. Januar sind 728 Verwaltungen mit insgesamt 28452 Betrieben und 2091215 Arbeitern verzeichnet. Davon sind vollbeschäftigt 28243 Betriebe mit 2070439 Arbeitern. Verkürzt arbeiten 91 Betriebe mit 17112 Arbeitern; 118 Betriebe mit 3664 Arbeitern sind stillgelegt. Die Beschäftigung gestaltete sich wie folgt:

	Berichtwoche		Vorwoche	
	Betriebe %	Arbeiter %	Betriebe %	Arbeiter %
Vollbeschäftigt	99,27	99,—	99,28	99,30
Stillgelegt	0,41	0,18	0,48	0,22
Kurzarbeiter	0,32	0,82	0,34	0,48

Gegen die Vorwoche haben die Kurzarbeiter eine Zunahme von etwa 7000 Arbeitern, was auf einen Betrieb in Düsseldorf, Bezirk Essen, zutrifft, der durch Kohlenmangel gezwungen ist, unter 24 Stunden wöchentlich zu arbeiten. Die wöchentlichen Veränderungen in der Gesamtzahl der Kurzarbeiter sind aus folgender Zusammenstellung ersichtlich:

Woche vom 11. bis 25. Dezember . . .	10300	= 0,50%
" " 25. Dezember bis 7. Januar	10716	= 0,51%
" " 7. bis 14. Januar	10097	= 0,48%
" " 14. " 21. "	17112	= 0,82%

Bei den stillgelegten Betrieben ist diese Woche ein Rückgang festzustellen. Als Ursache der Stillegung wird Material-, Kohlen- und auch Arbeitsmangel mitgeteilt.

Die Feststellungen über die Dauer der Kurzarbeit ergaben folgendes: Es arbeiten

Stunden	Berichtwoche				Vorwoche			
	Betriebe absolut	%	Arbeiter absolut	%	Betriebe absolut	%	Arbeiter absolut	%
42 bis 45	15	16,5	1367	8,0	11	11,8	1118	11,1
36 " 41	33	36,3	5318	31,1	31	32,0	5269	52,5
32 " 35	10	11,0	583	3,4	12	12,4	765	7,6
24 " 31	21	23,0	2605	15,2	23	23,7	2599	25,9
unter 24	12	13,2	7244	42,3	20	20,6	289	2,9

Über Berlin ist diese Woche folgendes zu berichten: Vorhanden sind 8213 Betriebe mit 259748 Arbeitern. Nach Meldungen der dortigen Betriebsräte über Groß- und Mittelbetriebe ergibt sich:

Vollbeschäftigt sind . . .	702	Betriebe mit	168630	Arbeitern.
Verkürzt arbeiten . . .	22	" "	6542	"
In der Vorwoche . . .	21	" "	6472	"

Von 1592526 Mitgliedern waren 9512 arbeitslos, 14001 Kurzarbeiter, davon in Berlin arbeitslos 2744. Auf je 100 Mitglieder entfallen in der

	Mitglieder des Verbandes arbeitslos	Kurzarbeiter
Woche vom 11. bis 25. Dezember . .	0,49 %	0,44 %
" " 25. Dezember bis 7. Januar	0,61 %	0,43 %
" " 7. bis 14. Januar	0,63 %	,45 %
" " 14. " 21. "	0,60 %	0,88 %

An Arbeitslosenunterstützung wurden in dieser Woche vom Verband 98963 ℳ ausbezahlt.

Es ist geradezu erschreckend, zu hören und Beweise dafür zu erhalten, daß 9000000 Ballen Baumwolle, die in einem gegebenen Jahr von amerikanischen Pflanzungen erzeugt wurden, für die Erzeuger mehr Wert haben als 13000000 Ballen haben würden. Ebenso erschreckend ist die Erklärung, daß 700000000 Bushel Weizen, die von amerikanischen Farmern erzeugt wurden, diesen mehr Geld bringen als eine Milliarde Bushel. Und das sind keine übertriebenen Tatsachen. In einer Welt, wo Dutzende von Millionen Menschen Kleidung und Wohnung benötigen und beides nicht erhalten können, wird durch diesen Zustand das Gesellschaftssystem gerichtet, das solches ermöglicht. (Aus der Botschaft des Präsidenten Harding vom 6. Dezember [illegible])

Mitteilungen des Vorstandes

Mit Sonntag den 5. Februar ist der **6.** Wochenbeitrag für die Zeit vom **5.** bis **11. Februar 1922** fällig.

Von der 5. Beitragswoche 1922 sind die durch den erweiterten Beirat beschlossenen erhöhten Beiträge zu bezahlen. Der Grundbeitrag beträgt:

Klasse I . . . . 7,— Mk.
" II . . . . 4,— "
" III . . . . 1,— "

Dazu kommen die in den Verwaltungsstellen beschlossenen und vom Vorstand genehmigten Lokalzuschläge.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 7 des Verbandsstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Verwaltung	Für die Mitglieder der Beitragsklasse: I	II	III	Beginn der Beitragserhöhung
	wöchentlich Pfennig			
Aachen	300	200	50	5. Beitragswoche
Bautzen	100	50	20	5. "
Boizenburg	300	—	—	5. "
Buchenau	200	100	50	5. "
Cuxhaven	300	50	—	5. "
Dessau	200	100	50	5. "
Detmold	200	200	50	5. "
Duisburg	300	150	50	5. "
Erlangen	200	150	50	5. "
Essen	300	150	50	5. "
Friedrichshafen	200	200	50	5. "
Fröndenberg	200	100	50	5. "
Fulda	200	100	30	5. "
Geldern-Cleve	300	200	50	5. "
Glatz	100	—	—	5. "
Gleiwitz	200	150	50	5. "
Harburg	200	100	—	5. "
Herne	300	150	50	5. "
Hersbruck	100	100	50	5. "
Kitzingen	—	50	—	5. "
Koswig	200	100	50	5. "
Küstrin	100	100	50	5. "
Liegnitz	200	100	50	5. "
Limbach	200	100	50	5. "
Limburg	200	150	50	5. "
Mettmann	300	200	50	5. "
Michelstadt	200	100	50	5. "
Mülheim a. Ruhr	300	150	50	5. "
Naumburg	200	100	50	5. "
Neustrelitz	100	50	20	5. "
Niesky	100	50	50	5. "
Plauen i. V.	200	150	50	5. "
Raguhn	200	100	50	5. "
Suhl	300	150	—	5. "
Schneidemühl	200	50	30	5. "
Schönebeck	200	100	50	5. "
Schwaben	50	50	30	5. "
Stolberg	300	200	50	5. "
Ulm	200	200	50	5. "
Vegesack	300	150	50	5. "
Witten	300	150	50	5. "
Wurzen	200	150	50	5. "
Zerbst	200	100	50	5. "

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Aufforderung zur Rechtfertigung:

Die nachfolgend genannten Mitglieder werden nach § 23 Abs. 3 des Statuts aufgefordert, sich gegen erhobene Beschuldigungen zu rechtfertigen.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle **Oldenburg i. H.:**

Der Schmied Friedrich Bartsch, geb. am ? zu Elbing, Mitgliedsbuch Nr. 4,359334, wegen Unterschlagung von Beitragsmarken.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle **Parchim:**

Der Schlosser Paul Helms, geb. am 12. Februar 1878 zu Rostock, Mitgliedsbuch Nr. 2,989354, wegen Unterschlagung von Beitragsmarken.

Ausgeschlossen wird nach § 22 des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle **Kassel:**

Der Metallarbeiter Johannes Blum, geb. am 26. Oktober 1878 zu Grundheim, Mitgliedsbuch Nr. 3,790890, wegen Streikbruch.

Gestohlen wurde:

Mitgliedsbuch Nr. 437161, lautend auf den Kesselschmied Rudolf Sielk, geb. am 21. November 1882 zu Harburg. (Bremerhaven.)

Mitgliedsbuch Nr. 3,701478, lautend auf den Metallarbeiter Gustav Schiefke, geboren am 15. Juni 1874, übergetreten am 22. Februar 1920. (Bremerhaven.)

Mit kollegialem Gruß — Der Vorstand.

Auszug

über eingesandte Gelder im Monat Dezember 1921.

Von Aachen 101012,60 M. Aalen 40000. Achern 2000. Ahlen i. W. 20000. Ahlhorn 3000. Alfeld 37000. Altena i. W. 75000. Altenburg (S.-A.) 40000. Alt-Karbe 1500. Altötting 6000. Altwasser 70000. Amberg 70000. Andernach 4000. Anklam 8000. Annaberg i. E. 53000. Ansbach i. Bay. 27706. Apolda 30000. Arnstadt 30000. Arnswalde 6000. Artern 20000. Aschaffenburg 24247,30. Aschersleben 75000. Aue i. E. 260000. Augsburg 180876,30. Augustfehn 2000. Bamberg 17225. Barmen-Elberfeld 225000. Barth a. O. 9000. Battenberg 1800. Bautzen 57000. Bayreuth 30500. Bendorf a. Rh. 40000. Bensheim a. d. B. 4000. Bergedorf 28000. Bergen a. Rügen 2280. Berger i. Bay. 5021,45. Berlin 1407725,40. Berlinchen 2000. Bernburg 110001. Bernsdorf 5000. Beuthen 51153,70. Biberach a. Riß 3294,70. Bielefeld 252318,30. Bitterfeld 50000. Bockolt 5000. Bochum 400000. Bocholt 60000. Bonn 115000. Borna 24000. Brandenburg 55516,60. Braubach a. Rh. 10000. Braunschweig 250300. Bremen 240000. Bremerhaven 60001. Breslau 252223,50. Brilon 700. Brunsbüttelhafen 3500. Buchenau 9500. Bunzlau 24000. Bückeburg 400. Bühl i. B. 3234,50. Burg b. Magdeburg 20000. Burgdorf 1500. Burgstädt 17000. Buttstädt 1000. Butzbach 11500. Celle 11000. Chemnitz 1202185. Clausthal 7000. Crimmitschau 20000. Crossen a. O. 2000. Cuxhaven 7000. Dahme 1212,90. Darmstadt 50000. Dassel 3500. Delmenhorst 20000. Demmin 3500. Derenburg 2000. Dessau 75000. Detmold 8200. Deutsch-Krone 1402,40. Dippoldiswalde 8500. Döbeln 40000. Dorsten 4000. Dortmund 128500. Dresden 1262216,80. Driesen 1500. Duderstadt 8000. Düren 30000. Düsseldorf 801137,95. Duisburg 480000. Ebersbach 5000. Eberstadt 6000. Eberswalde 54000. Ebingen 30000. Eckernförde 3000. Egeln 6000. Eilenburg 13000. Einswarden-Nordenham 60000. Eisenach 75000. Eisenbach 1500. Eisenberg 10000. Eisleben 12000. Elmshorn 10000. Elsterwerda 95000. Emden 10000. Erbach 13000. Erfurt 82375,45. Erlangen 35000. Essen 400988,90. Eßlingen 17200. Euskirchen 30000. Falken 3172,80. Ferdinandshof 1589,70. Finsterwalde 50000. Flensburg 75000. Forst 5000. Frankenthal 78900. Frankfurt a. M. 253377,80. Frankfurt a. O. 25000. Freiberg i. Sa. 25000. Freiburg i. Br. 30000. Freiburg i. Schl. 15600. Freudenstadt 6000. Friedland 3500. Friedrichsthal 2000. Fröndenberg 17000. Fulda 10000. Fürstenwalde 44000. Fürth i. Bay. 62000. Furtwangen 10000. Gassen 22000. Geesthacht 10000. Geisenheim 15000. Geislingen 100000. Geithain 3000. Gelsenkirchen 295000. Georgensgmünd 2300. Gera 80000. Gevelsberg 50000. Gießen 15000. Glauchau 11000. Gleiwitz 100000. Glogau 3000. Glückstadt 3000. Gmünd (Schwäb.) 35000. Gnadenfrei 700. Göppingen 80000. Görlitz 164000. Goslar 8000. Gößnitz 15000. Göttingen 25000. Gotha 100000. Gräfenthal 5000. Greifenhagen 2000. Greifswald 5500. Greiz i. V. 17000. Grimmen 2500. Groitzsch 15500. Gröbitz 110000. Großenhain 37000. Großhäuslingen 1500. Groß-Räschen 8500. Groß-Schönau 5000. Grüna 16350. Grünberg i. Schl. 35000. Guben 5000. Gummersbach 55000. Güstrow 4000. Gütenbach 1500. Gütersloh 30000. Guttstadt 1000. Habelschwerdt 1800. Hagen i. W. 200000. Haiger 5000. Hainichen 9000. Halberstadt 13000. Halle a. S. 100000. Hamburg 1025831,50. Hamm i. W. 75000. Hammerstein 1000. Hannover-Linden 453663,55. Harburg 115000. Harzgerode 10000. Haslach 5000. Hattingen 50000. Haynau 7500. Heidenheim 30000. Heilbronn 129000. Heiligenstadt 2000. Helmstedt 29000. Hennigsdorf 3000. Herborn 50000. Herford 20000. Herne i. W. 35000. Herrenberg 3000. Hersbruck 3500. Herzberg a. Elster 4000. Hildesheim 90000. Hindenburg 80000. Hirschberg a. S. 8250. Hohenlimburg 120000. Hohenstein-Ernstthal 60000. Höhr-Westerwald-Grenzhausen 800. Hönningen 4000. Hörde i. W. 100000. Hornberg i. Schw. 4500. Hötensleben 3500. Hüttenrode 1200. Ichtershausen 8000. Ingolstadt 50000. Iserlohn 80000. Itzehoe 4700. Jarmen 1500. Jauer 10000. Jena 60000. Jüterbog 4000. Kahla 1000. Kaiserslautern 120000. Kalbe a. S. 3500. Kamenz 8500. Karlsruhe 200000. Kattowitz 40000. Katzhütte 2000. Kehl i. B. 5000. Kempten 20000. Keula 8500. Kiel 220000. Kirchen a. Sieg 15000. Kirchhain 2500. Kitzingen 1000. Koblenz 5. Koburg 188000. Köln 550000. Königsberg 38186. Königshuld 8500. Königshütte 100000. Körlin 2000. Kösen a. S. 1000. Koswig 3000. Köthen 23000. Kottbus 17000. Kotzenau 13300. Krefeld 70000. Kronach 1200. Kronenberg 48000. Kulmbach 20. Küstrin 6000. Laasphe 5514,70. Lägerdorf 2500. Lahnstein 9500. Lambrecht 5000. Landsberg a. Lech 2500. Landshut i. Bay. 18000. Langewiesen 4127. Lauenburg a. E. 3600. Lauf 10700. Lautawerk 15000. Lautenthal 4000. Lauterberg 5000. Lehesten 3000. Leipzig 652321,15. Leisnig 7000. Lerbach 11100. Lichtenstein-Kallnberg 3500. Liegnitz 39000. Limbach i. Sa. 34690. Lippehne 3000. Lippstadt 15000. Löbau 3000. Lobenstein 5449,79. Löcknitz 6000. Lörrach 12000. Lollar 37000. Luckenwalde 63000. Ludwigshafen 250000. Lugau 65000. Lübben 1000. Lübeck 110000. Lübz 2000. Lüdenscheid 150000. Lüneburg 8000. Lyck 2500. Magdeburg 380000. Mainz 200000. Malapane 25000. Mallmitz 45000. Mannheim 100000. Marburg 4000. Marienburg 5000. Markranstädt 15000. Marktredwitz 10000. Meerane 9000. Meiningen 10000. Meißen 75000. Mellenbach 498,70. Memel 4000. Merseburg 50000. Meschede 3000. Mettmann 33000. Metzingen 7800. Minden i. W. 20000. Mittweida 20000. Mölln 2697,90. Mörs-Hochemmerich 30000. Mühldorf a. Inn 1987,25. Mühlhausen (Th.) 70000. Mühlhof (Mittelfr.) 6000. Mülheim a. Ruhr 60000. München 501142. Münster i. W. 12000. Münsterberg 600. Naumburg a. S. 7400. Neheim-Hüsten 40000. Neisse 4500. Neubrandenburg 4000. Neugersdorf 26500. Neumarkt (Obpf.) 5000. Neumarkt (Schl.) 3000. Neumünster 28500. Neurode 12000. Neuruppin 65000. Neusalz a. O. 16000. Neustadt a. H. 40000. Neustadt a. Orla 6000. Neustadt i. Sa. 12400. Neustrelitz 4500. Neuwied 50000. Niederschelд 15000. Nienburg a. S. 17000. Nikolai 3500. Norderney 1633,25. Nordhausen 30000. Nossen 9000. Nowawes-Potsdam 78000. Nürnberg 1064911. Nürtingen 4000. Oberbrügge 45000. Oberhausen 145000. Oberndorf a. N. 13000. Oberstein 70000. Oderan 3000. Öls 2000. Oynhausen 12000. Offenbach a. M. 280000. Offenburg 2300. Offleben 2208. Oggersheim 20000. Olbernhau-Lengefeld 41000. Oldenburg i. Holst. 900. Oldisleben 2000. Opladen 140000. Oppeln 3000. Oranienburg 10000. Oschatz 10000 Oschersleben 14500. Osnabrück 250000. Osterholz-Scharmbeck 8400. Osterode a. H. 10000. Passau 200. Patschkau 6000. Pegnitz 6000. Peine 75000. Peißenberg 2000. Penig 7000. Penzberg 4188. Penzig 3000. Pforzheim 230000. Pfungstadt 1250. Pillkallen 1600. Pinneberg 5000. Plauen 140000. Plettenberg 65000. Pößneck 8000. Primkenau 5000. Pyritz 2000. Quedlinburg 70000. Quickborn 2000. Radeberg 60000. Raguhn 9800. Rastenberg 7418,85. Rathenow 180000. Regensburg 100000. Rehau 2000. Reichenbach i. Schl. 1500. Reichenbach i. Vogtl. 34000. Reichenhall 2000. Remscheid 137833,50. Renchen 2000. Reppen 1500. Reutlingen 90000. Riesa 45000. Rochlitz 2500. Röslau 7500. Roßleben 2000. Roßwein 10000. Rostock 77000. Roth a. S. 11000. Rothenbruck 2000. Rothenburg o. Taub. 7000. Rübeland 5000. Rudolstadt 5000. Saalfeld a. S. 40000. Saarau 6000. Salzgitter 3500. Salzungen 80000. Salzwedel 6500. Sangerhausen 10000. St. Georgen 25000. St. Ingbert 9000. Saßnitz 500. Sebnitz 2000. Seehausen 800. Seesen 4500. Selb 4000. Senftenberg 30000. Siegburg (Rhld.) 145000. Siegen 80000. Singen-Radolfzell 71000. Solingen 270000. Soltau 1200. Sömmerda 3000. Sorau 6000. Spremberg 12000. Suhl 250000. Swinemünde 6000. Schladen 14370. Schleiz 5500. Schleusingen 7342,15. Schmalkalden 50000. Schmiedeberg 14000. Schmölln 18500. Schneidemühl 3000. Schönebeck 30000. Schöningen 20000. Schramberg 20000. Schwabach 55000. Schwandorf 4000. Schweidnitz 20000. Schweinfurt 150000. Schwerin 10000. Schwiebus 6000. Schwientochlowitz 55000. Stadtilm 1000. Staßfurt 9422,60. Stedten 1300. Stettin 256154,90. Stolberg 51000. Stolp 14000. Stolpen 12000. Stralsund 11000. Strasburg 400. Straßebersbach 2000. Striegau 14000. Stuttgart 240000. Stuttgart, Einzelmitglieder 700. Tangermünde 12000. Tanne 2214. Teterow 8000. Thale a. H. 120000. Todtnau 5000. Traunstein 600. Triptis 1500. Trossingen 15000. Trostberg 7200. Tübingen 6000. Tuttlingen 90000. Ulm a. D. 100000. Urberach 12000. Uslar 2000. Varel 10500. Velbert 101012,60. Verden 1532. Vetschau 2500. Villingen 20000. Waiblingen 20000. Waldenburg i. S. 1800. Wallau 8000. Warstein 4000. Wathlingen 1000. Wedel-Schulau 3000. Weidenhausen 5000. Weilheim 1000. Weimar 25000. Weißenburg i. Bay. 3000. Weißenfels 10000. Weißwasser 8800. Werdau 90000. Werder 2000. Wernigerode 50000. Wertheim a. M. 5000. Wesel 6000. Wetzlar 140000. Wieda 2000. Wiesbaden 100000. Wiesmoor 3760. Wietze-Steinförde 8000. Wilhelmshaven-Rüstringen 140000. Wilhelmshütte 11500. Wipperfürth 1000. Wismar 1191,20. Witten-Annen 170000. Wittenberg 50000. Wittenberge 13000. Wolfenbüttel 20950. Wolgast 2000. Worms 22000. Wriezen 2500. Wurzbach 606. Würzburg 27000. Wurzen 50000. Zarnglaff 1638. Zawadzki 7000. Zehdenick 2000. Zeitz 50000. Zerbst 25000. Zeulenroda 50000. Zirndorf 20000. Zittau 50000. Zorge 6300. Zossen 4000. Zweibrücken 117000. Zwickau 100000.

Die Verwaltungsstellen, Bevollmächtigten und sonstigen Einsender von Geldern werden hierdurch **dringend gebeten**, vorstehende Quittung **genau zu prüfen** und etwaige Anstände sofort an uns zu berichten. — Der Vorstand.

Zur Beachtung! — Zuzug ist fernzuhalten:

von Feilenarbeitern nach Oels i. Schles. (Moritz Claus) D.;
von Gold- und Silberarbeitern nach dem ganzen Gebiet der Schweiz L.;
von Heizungsmonteuren nach Lüdenscheid L.;
von Metallarbeitern aller Branchen nach Bremen L.; nach Eberswalde (Ardelt-Werke) M.; nach Erlangen (Metallwarenfabrik G. m. b. H., vorm. Siegerich) D.; nach Finnland; nach Forst, N.-Lausitz (R. Fielitz in Gr. Kölzig) D.; nach Gardelegen M.; nach Luxemburg L.; nach Oldenburg i. O. (Wagenbauanstalt A.-G.) M.; nach Oetlingen (Teck) (Müschenborn & Cie.) D.; nach Saarbrücken L.; nach Schweinfurt (Fa. Wagner & Söhne, in Hofheim) D.;
von Uhrenarbeitern nach sämtlichen Schwarzwaldorten St.

L. = Lohnbewegung; D. = Differenzen; u. St. = Streik in Sicht; St. = Streik; M. = Maßregelung; Mi. = Mißstände; A. = Aussperrung.

Alle Mitteilungen über Differenzen, die zur Sperrung eines Orts oder einzelner Betriebe führen sollen, sind an den Vorstand zu richten. Anträge auf Verhängung von Sperren müssen von den Ortsverwaltungen und Bezirksleitungen eingereicht werden und ausreichend begründet sein.

Graveure und Ziseleure.

Die Tarifverhandlungen am 16. und 17. Januar 1922 führten zu folgendem Ergebnis: Die Lohnerhöhung beträgt ab 16. Januar für Graveure, Ziseleure und Hilfsarbeiter: in der ersten Jahresklasse des Tarifs 70 Pf., in der zweiten 85 Pf., in der dritten 1 M pro Stunde. Die Tariflöhne stehen nunmehr ab 16. Januar 1922 wie folgt:

	Bei Städten mit Einwohnern bis 150000	bis 300000	bis 500000	über 500000
Graveure und Ziseleure:	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
im 1. Jahre nach dem Auslernen	7,38	7,50	7,62	7,98
bis zu 24 Jahren	8,60	8,75	8,90	9,85
über 24 Jahre	10,13	10,31	10,48	11,02
Hilfsarbeiter:				
über 18 Jahre	6,36	6,46	6,56	6,88
" 21 "	7,23	7,35	7,47	7,83
" 24 "	9,32	9,48	9,63	10,10

Hilfsarbeiterinnen erhalten immer 60 Prozent des Lohnes der männlichen Arbeitskräfte, laut Abmachung vom 18. Oktober 1921.

Im besetzten Gebiet erfolgt ein Aufschlag von 10 Prozent.

Die Lohnzulagen gelten nicht nur für die Tariflöhne, sondern für alle Löhne, die bisher auch über den Tarifsatz gezahlt wurden.

Die Beratungen der Manteltarifpositionen wurden bis zu den neuen Verhandlungen am 13. und 14. Februar zurückgestellt.

Anträge, insbesondere in bezug auf die Lohnpositionen, sind bis Mittwoch den 8. Februar an die Zentrale einzureichen.

Beitragserhöhung in christlichen Gewerkschaften.

Der Christliche Metallarbeiterverband erhebt ab 1. Februar d. J. wesentlich erhöhte Wochenbeiträge. Für die Hauptkasse (ohne Bezirks- und Ortskassen) sind zu zahlen in der ersten Klasse pro Woche 8,50 M, in der zweiten Klasse 6,50 M, in der dritten Klasse 3,70 M, in der vierten Klasse 0,75 M. Die Unterstützungssätze wurden dementsprechend ebenfalls erhöht. — Der Verband christlicher Arbeitnehmer des Bekleidungsgewerbes erhebt mit Beginn des neuen Jahres Wochenbeiträge bis zu 10 M. — Der Zentralverband christlicher Holzarbeiter, dessen höchster Wochenbeitrag bisher 10 M betrug, wird zukünftig Wochenbeiträge bis zu 16 M erheben.

Eingegangene Schriften

(Zur Bestellung der angezeigten oder besprochenen Werke wende man sich nicht an uns, sondern nur an den bei jedem Werke angegebenen Verlag oder an eine Buchhandlung.)

Sonderdruck Nr. 3 des „Betriebsrates“, herausgegeben vom Gewerkschaftskartell Leipzig, Zeitzer Straße 32, enthält folgende Entwürfe: Der Entwurf eines Gesetzes über Mieterschutz und Mieteinigungsämter, Entwurf einer Verordnung über das Verfahren vor den Mieteinigungsämtern, Entwurf eines Gesetzes über die Regelung der Mietzinsbildung (Reichsmietengesetz). Der Entwurf über eine Verordnung über das Verfahren vor den Mieteinigungsämtern ist im vollständigen Wortlaut enthalten, im Gegensatz zu den amtlichen Ausgaben, die nur die Änderungen bringen. Der Preis dieses „Sonderdrucks Nr. 3“ ist (ohne Porto) 2,50 M das Stück, bei 10 und mehr Exemplaren 2 M pro Exemplar. Zu beziehen vom Gewerkschaftskartell Leipzig, Zeitzer Straße 32, Postscheckkonto Leipzig 65139. Bestellungen sind umgehend aufzugeben. Lieferung nur gegen Nachnahme oder vorherige Einsendung des Betrages.

Kleinmotor-Fahrzeuge. Ausführung und Bedienung der Kleinfahrzeuge, Beseitigung von Störungen. Mit 12 Abbildungen von **Otto Lippmann.** Verlag von Gustav Wolf, Dresden A. I, Pestalozzistr. 11. Preis 7,50 M. — Endlich ist ein Buch über die begehrten kleinen Einbaumotoren für gewöhnliche Fahrräder erschienen. Alle maßgebenden Typen sind eingehend besprochen. Einem jeden Interessenten ist hiermit bestens gedient.

Verbands-Anzeigen

Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen u. dergl.

Neustadt a. H. Die Geschäftsräume befinden sich ab 30. Jan. 1922 **Kaiserstr. 3, Telefon 914.** Alle Sendungen sind an diese Adresse zu richten.

Angestellte gesucht.

Varel i. Oldbg. Geschäftsführer gesucht. Er muß in allen Verbandsangelegenheiten bewandert und 8 Jahre Mitglied unseres Verbandes sein. Selbstgeschriebene Bewerbungen mit Angabe über bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung bis zum 1. März an den Kollegen Paul Bundschuh, Langendamm 66.

Sonstige Anzeigen

(Zuschriften betr. die Arbeitergesuche sind niemals an die Redaktion, sondern an die inserierende Firma selbst, Inseratenaufträge aber stets nur an den Verlag der Metallarbeiter-Zeitung zu richten.)

Feilenhauer, Handhauer, größtenteils für Schlicht, sofort gesucht.
Gustav Hasenclever, Feilenhauerei, Bochum i. W., Ehrenfeldstr. 29.

Feilenschleifer, tüchtiger, selbständiger, bei hohem Lohn oder Akkord sofort gesucht.
Forster Feilenfabrik, Böttge & Mielke, Forst (Lausitz).

Tüchtiger Feilenschleifer gesucht. R. Pifko, Zeitz.

Tüchtige Feuerschmiede und Bauschlosser stellen ein.
Hamelner Anker- und Gesenkschmiede, Hameln (Hann.).

Mehrere tüchtige **ledige Former,** sowie ein erfahrener **Modelltischler** sofort gesucht.
Maschinenfabrik Kulmbach, A.-G., Kulmbach.

Tüchtige Handformer sucht
Coesfelder Eisenwerk, Coesfeld i. Westf.

Gelernte, selbständige **Hand- und Maschinenformer** gesucht. Ausführliche schriftliche Bewerbungen erbeten an
Elisabethhütte J. Krüger, Eisengießerei, Brandenburg a. Havel.

Handhauer, für Mittelsorten, sofort in dauernde Stellung gesucht.
A. Wuttke, Aschersleben.

Maschinenhauer, 2 perfekte auf Frowein 8 und kleine Zensesmaschinen, für dauernd gesucht. Gleichzeitig stelle perfekten Feilenhärter, gel. Handhauer, ein. Otto Bauer, Döbeln i. S.

Meister, tüchtiger, ledig, in der Werkzeugfabrikation, sowie Herstellung von Massenartikeln und deren Vorrichtungen durchaus erfahren, sofort gesucht. Zeugnis-Abschriften erbeten. Posten wird zum erstenmal besetzt.
Rico-Werke Niemeyer & Comp., G. m. b. H. Kreiensen (Harz).

Metallschleifer (Besteckschleifer), und auf **Gürtler,** Kannen eingearbeitete ledig, werden bei hohen Akkordsätzen sofort eingestellt.
G. Hartmann, Neusilberwaren-Fabrik für Hotelgeräte. München, Albrechtstraße 25.

Mehrere tüchtige Modellschreiner, Sand- und Lehmformer und Kernmacher sucht Brenerwerk, Höchst a. Main.

Wir suchen **Schreibmaschinen-Monteure und Justeure** in dauernde gut bezahlte Stellung. Angebote mit Zeugnis-Abschriften an
„Bavaria“-Schreibmaschinen-Fabrik, Gebrüder Siegel, Altötting (Oberb.).

Druck und Verlag von Alexander Schlicke & Co., Buchdruckerei und Verlag, Stuttgart, Rötestraße 16 B.